Nr. 137
B 68
Abend-Ausgabe

Berlin

Dienstag, 22. März 1927
V

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

10 Pfennig

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteile): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3000—3665, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Stresemann vertraut auf Europas Friedenswillen

Im Reichstag stand heute der Etat des Auswärtigen Amtes auf der Tagesordnung. Die Tribünen sind besser besetzt als das Haus. Schon längere Zeit vor Beginn der Sitzung war Außenminister Stresemann auf seinem Platz allein, die übrigen Minister fehlten.

Um 1 Uhr beginnt die Sitzung, und der Vizepräsident Rießer gibt dem Berichterstatter für den auswärtigen Haushalt, dem deutschnationalen Abgeordneten Dr. Hößsch, das Wort, der vorher noch einige verbindliche Worte mit dem Außenminister gewechselt hatte.

Der Berichterstatter erklärt, daß er nur kurze Zeit sprechen werde, da wesentliche Beanstandungen des Etats im Ausschuß nicht erfolgt seien. Er weist auf die Vermehrung der Generalkonsulate hin und auf die zu geringen Bezüge der deutschen Auslandsbeamten.

Sofort nach dem Berichterstatter nimmt **Außenminister Dr. Stresemann** das Wort:

Minister Stresemann

Minister Stresemann beschäftigte sich zunächst mit dem Etat des Auswärtigen Amtes, der im Rahmen des Gesamthaushalts nur eine sehr bescheidene Rolle spiele. Im vorigen Jahr machte der Gesamtetat des Auswärtigen Amtes 65 Millionen aus, diesmal sind es 4 Millionen mehr. Die Einnahmen haben sich um eine Million vermindert; aber erfreulicherweise handelt es sich um den Abbau der Paßgebühren. Ich würde mich freuen, wenn einmal ein Etat vorgelegt werden könnte, aus dem die Einnahmen aus den Paßgebühren überhaupt verschwunden sind. Denn es ist eine sehr unerwünschte Erscheinung, daß wir den Verkehr zwischen den einzelnen Ländern durch Paßgebühren erschweren, statt ihn zu fördern. (Allgemeiner Beifall.)

In den vergangenen Jahren habe ich in einer Erörterung der außenpolitischen Fragen die Aufgaben unserer Außenpolitik im Rahmen der Beziehungen Deutschlands zu den einzelnen fremden Staaten erörtert. Die großen Fragen, um die es sich zunächst speziell handelte, sei es die Reparationsfrage, die Rheinlandfrage, die Sicherheitsfrage oder die Völkerbundsfrage, waren so gelagert, daß unsere Stellungnahme sich aus den Fragen selbst und aus dem Verhältnis zu den Ländern ergab, die uns dabei gegenüberstanden.

Lassen Sie mich heute in meiner Rede einen anderen Weg gehen. Wir sehen in der **gesamten Weltlage** Entwicklungen, die uns zwingen, bei unseren außenpolitischen Erwägungen mehr und mehr auch die Faktoren zu berücksichtigen, die **außerhalb unserer eigenen auswärtigen Beziehungen** wirksam sind. Diese Entwicklungen gingen nicht von den Problemen aus, die uns unmittelbar interessieren. Sie stehen mit ihnen in keinem unmittelbaren Zusammenhang, aber es wird zu berücksichtigen sein, daß sie eine mehr oder weniger starke Rückwirkung auch auf diese Probleme ausüben können.

Dabei denke ich an drei große internationale Fragenkomplexe. Wir sehen einmal höchstbedeutsame Vorgänge, wie sie sich im Fernen Osten abspielen. Wir sind ferner Zeugen von ernsten Auseinandersetzungen zwischen zwei großen Ländern, deren Politik für Deutschland von unmittelbarer Bedeutung ist. Dazu kommen in den letzten Tagen überraschende Nachrichten, die darauf hindeuten, daß auch die mit der Lage auf dem Balkan zusammenhängenden internationalen Beziehungen Elemente der Unsicherheit aufweisen.

Man wird gut tun, von den alarmierenden Meldungen, mit denen zunächst über die letzteren Vorgänge berichtet wurde, viel abzustreichen. Soweit sich die Dinge bisher von Deutschland aus übersehen lassen, glaube ich nicht, daß irgend welche akute Gefahr besteht. Ich glaube, das insbesondere aus den Mitteilungen schließen zu können, die, wie in der Presse bereits bekanntgegeben, die italienische Presse uns in diesen Tagen zugehen ließ.

Der Wille, Europa vor jeder Kriegsgefahr zu bewahren, hat in allen Ländern so starke Wurzeln geschlagen, daß ein Friedensbruch der Weltverurteilung verfallen würde.

Aber auch die ruhige Beobachtung der Dinge kann nicht verkennen, daß wir von einer endgültigen Konsolidierung der allgemeinen internationalen Lage noch weit entfernt sind. Wir haben deshalb allen Anlaß, auch diejenigen Vorgänge mit ernstester Aufmerksamkeit zu verfolgen, die unsere eigenen Aufgaben zunächst nicht zu berühren scheinen.

Dabei ist die Stellung Deutschlands in diesen großen internationalen Fragen von vornherein eine gegebene. Seit den letzten Jahren hat sich die außenpolitische Lage Deutschlands in weitgehendem Maße geklärt. Wir haben infolge dieser Klärung eine feste Grundlage für die Entschließungen gewonnen, vor die wir etwa künftig gestellt werden können.

Deutschland hat nur das eine große Interesse, daß die Entwicklung nicht unterbrochen, und daß die Bemühungen um die Herbeiführung einer internationalen Zusammenarbeit am Wiederaufbau Europas nicht gestört werden. (Beifall.)

Wir können nichts dabei gewinnen, daß Verwicklungen zwischen dritten Staaten entstehen, welche Mächte das auch sein mögen. (Erneuter Beifall.)

Wir können ebensowenig wünschen, daß sich die Staaten Europas wie vor dem Weltkriege in zwei getrennten Lagern gegenüberstehen. Für Deutschland kommt eine Politik der Sonderbedürfnisse nicht in Betracht, sondern nur eine Politik, die den Gedanken der Verständigung und des Ausgleichs widerstreitender Interessen fördert. Es ist für uns eine glückliche Tatsache, das wohlverstandene gesamteuropäische Interesse mit dem individuellen Interesse Deutschlands völlig deckt. (Allgemeiner Beifall.)

Daraus ergibt sich, daß die Ereignisse, von denen wir sprachen, an der grundsätzlichen Einstellung unserer bisherigen Außenpolitik nichts geändert und auch künftig nichts ändern werden. Wohin unsere Wege gehen, das zeigen die internationalen Verträge, die wir in den letzten Jahren getätigt haben. Unser Weg wird gekennzeichnet durch die Verträge von Locarno, dem Eintritt in den Völkerbund und den Berliner Vertrag. Damit liegen unsere Absichten und Ziele offen vor aller Welt zutage.

Daß wir uns von jeder unnötigen Einmischung fernzuhalten haben, versteht sich von selbst, soweit aber Deutschland zu einer Mitwirkung berufen sein sollte, kann unser Bemühen nur dahin gehen, zur Beseitigung jener Spannung das Unsrige beizutragen. Wir dürfen darauf rechnen, daß dieser deutsche Standpunkt in der Welt Verständnis finden wird.

Das sage ich besonders gegenüber manchen Ansichten, daß bei einer Auseinandersetzung zwischen dritten Mächten versucht werden würde, Deutschland auf die eine oder andere Seite zu ziehen. Wenn englische Zeitungen, wie ich höre, besondere Schlüsse ziehen zu können glauben aus der Aktivität der deutschen Botschafter, die in diesen Tagen Besuche machten, um sich über die Lage zu orientieren, so ist eine solche Betrachtung vollkommen abwegig. Selbstverständlich müssen unsere Vertreter im Auslande auch ohne Instruktion der Zentrale sich zu orientieren suchen. Auch von anderen Ländern sind bei uns in der Reichshauptstadt Besuche ihrer Vertreter erfolgt.

Die Durchmarsch-Frage

Ich beschränke mich auf diese allgemeine Bemerkung, möchte aber noch auf einen Einzelpunkt hinweisen, der bei der Stellung Deutschlands gegenüber etwaigen Konflikten dritter Mächte von Wichtigkeit sein könnte. Einzelne russische Zeitungen haben plötzlich wieder die albekannte Frage aufgerollt, ob Deutschland bei Verwicklungen in östlichen Ländern den Truppen von westlichen Mächten den **Durchmarsch durch deutsches Gebiet** zugestanden habe.

Diese Frage ist anläßlich der Locarno-Debatte so ausgiebig behandelt worden, daß es nicht nötig ist, darauf noch einmal sachlich in allen Einzelheiten einzugehen. Für die Frage des Durchmarschrechtes kommt ausschließlich der bekannte Artikel 16 der Völkerbundsfassung, und zwar nach Maßgabe der ebenso bekannten Note, die die übrigen Locarnomächte hinsichtlich der Tragweite dieses Artikels an Deutschland gerichtet haben. Weitere Abmachungen irgendwelcher Art bestehen in dieser Frage nicht. Der ganze hiermit zusammenhängende Fragenkomplex ist, wie weltbekannt, lange Zeit auch mit der Sowjetregierung und dann schließlich bei der Unterzeichnung des Berliner Vertrages zum Gegenstand eines besonderen Notenwechsels gemacht worden.

Ich kann deshalb nur meinem Erstaunen darüber Ausdruck geben, daß einzelne russische Zeitungen es für angebracht halten, die Wahrheit und Notwendigkeit der früheren offiziellen Erklärungen in Zweifel zu ziehen und erneute Erklärungen in dieser Angelegenheit zu fordern. Zu solchen neuen Erklärungen liegt keinerlei Anlaß vor.

Wenn ich von den allgemeinen weltpolitischen Fragen zu den einzelnen deutschen Fragen übergehe, so kann ich auch hier feststellen, daß die Komplizierung jener Beziehungen nichts geändert hat und nichts ändern kann an der Art und Weise, mit der wir die Lösung dieser deutschen Fragen anzustreben haben.

Seitdem ich von dieser Stelle aus das letzte Mal über die uns unmittelbar interessierenden Probleme der Außenpolitik gesprochen habe, hat Deutschland an **zwei Tagungen des Völkerbundsrates** teilgenommen. Die Ergebnisse dieser Tagungen sind im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages ausführlich beraten worden. Sie umfassen die Fragen der Regelung des Investigationsprotokolls, insbesondere die Beseitigung der oft diskutierten éléments stables im Rheinland, die Aufhebung der Militärkontrolle in Deutschland, die inzwischen Tatsache geworden ist, sie umfassen den für spätestens Juni vorgesehenen Abzug der französischen Truppen aus dem Saargebiet und die Errichtung des dortigen „Bahnschutzes", ferner Fragen der Behandlungen der Minderheitsschulen im Ausland.

Darüber hinaus haben wir an der Behandlung von Fragen teilgenommen, die mittelbar durch den grundsätzlichen Charakter der getroffenen Entscheidungen sowie durch unsere Mitwirkung an unterstützenden Aktionen im Völkerbunde oder an der Beseitigung

England schwenkt um

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

wbe **London**, 22. März

Die englische Presse hat in der Beurteilung des italienisch-südslawischen Konflikts völlig zugunsten Italiens umgeschwenkt. Alle Zeitungen stellen fest, daß die südslawische Regierung am Konflikt unschuldig und Italien sich eines intellektuellen, wenn nicht gar materiellen, Vertragsbruchs schuldig gemacht habe. Allerdings behaupten hiesige Kenner der diplomatischen Lage, daß dies eher dazu führen würde, Italien noch weiter anzustacheln als es zurückzuhalten. Hier ist man besonders darauf gespannt, wie die amtliche italienische Politik auf den, vor allem gestern in der „Times" besonders scharf formulierten Vorwurf antworten werde, daß Italien es trotz des englischen Rates unterlassen habe, Südslawien zum Mitbürgen des Vertrags von Tirana zu machen.

In den englischen Völkerbundkreisen hofft man, daß Chamberlain rasch die Entschlußkraft aufbringen werde, die weitere Behandlung des Konfliktes dem Völkerbundrat zu übertragen, denn nur im Völkerbundrat könne unter Mitwirkung aller Balkanstaaten eine definitive und dauerhafte Regelung der albanischen Frage und verwandter Gleichgewichtsprobleme des Balkans zustandekommen. Wenn den Großmächten die Aufgabe der Entspannung der italienisch-südslawischen Beziehungen überlassen bleibe, werde nur ein kümmerliches, wenig haltbares Kompromiß zustandekommen, das verzweifelte Lebensfähigkeit haben werde mit all den unbefriedigenden Zwischenlösungen der Balkanprobleme, deren provisorischer Charakter Europa von 1907 bis zum Weltkrieg nicht zur Ruhe habe kommen lassen.

Man ist hier übrigens der Auffassung, daß Mussolini England und Frankreich mit seiner Aktion richtig „hineingelegt" habe. In London und Paris habe man der faszistischen Regierung eine gewisse Bewegungsfreiheit auf dem Balkan eingeräumt, allerdings in der Erwartung, daß Mussolini die Gelegenheit ergreifen werde, ein „Balkan-Locarno" zu schaffen, was eine würdige Betätigung und Befriedigung seines Selbstgefühls gewesen wäre. In London und Paris ist man nun über die Art, in der Mussolini seine Betätigungsfreiheit ausnützte, enttäuscht und verärgert.